



„Es geht mich etwas an...“ – Bericht des Stadtrates zum interfraktionellen Postulat Nr. 2005/51

Kurzinformation	<p>Der Stadtrat hält eine Sensibilisierungskampagne in Liestal gegen Gewalt und Diskriminierung und für Zivilcourage im öffentlichen Raum für dringend erforderlich. Er möchte den Problemen Gewalt und Diskriminierung offen begegnen und gemeinsam mit der Bevölkerung Lösungsansätze entwickeln. Die geplante Kampagne soll zum couragierten Handeln im öffentlichen Raum ermutigen und befähigen - durch die sichtbare und wieder erkennbare Kampagne in der Öffentlichkeit und durch die Förderung von Projekten und handfesten Instrumenten und Werkzeugen. Da das Problem von Gewalt und Diskriminierung im öffentlichen Raum nicht mit einmaligen Aktionen aus der Welt zu schaffen ist, möchte der Stadtrat das Projekt über die unmittelbare Sensibilisierung hinaus nachhaltig verankern.</p> <p>Die Kampagne wird gemeinsam von der Stadt Liestal und dem „Komitee Liestal schweigt nicht“ getragen. Eine Projektgruppe, in der wichtige Institutionen des öffentlichen Lebens der Stadt vertreten sind, wird von einer im Auftragsverhältnis tätigen, professionellen externen Koordination unterstützt. Die dafür erforderlichen Mittel von CHF 15'000.- für das Jahr 2007 können dem Präventionsfonds der Schule Liestal entnommen werden. Weiter ist die Stadt gewillt, die Kampagne im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit Sachleistungen zu unterstützen (z.B. „Liestal aktuell“, Plakatständer). Allfällige weitere, extern anfallende Sachkosten sollen im Rahmen der Stadtratskompetenz auf Antrag der Projektgruppe gesprochen werden. Die über das Jahr 2007 hinausgehenden Kosten sind auf dem Budgetweg einzubringen, wobei grundsätzlich weiterhin von einer Unterstützung aus dem Präventionsfonds der Schule ausgegangen wird. Für konkrete Projekte sind jeweils spezifische Finanzierungsmöglichkeiten bei externen Fachstellen (Fachstelle für Rassismusbekämpfung im Eidg. Departement des Innern, Kanton, Kirche, Stiftungen u.a.) abzuklären.</p>
Anträge	<ol style="list-style-type: none">1. Der Einwohnerrat nimmt mit dem Bericht des Stadtrates Kenntnis von der Planung und Durchführung der Sensibilisierungskampagne „Courage. Für Menschen – gegen Gewalt“ in Liestal.2. Das Postulat Nr. 2005/51 wird als erledigt abgeschrieben.
	<p>Liestal, 13.03.2007</p> <p>Für den Stadtrat Liestal</p> <p>Die Stadtpräsidentin Regula Gysin</p> <p>Der Stadtverwalter Roland Plattner</p>

DETAILLINFORMATIONEN

1. Ausgangslage

Anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 28. September 2005 wurde das überparteiliche Postulat „Es geht mich etwas an...“ vom 29. Juni 2005 (Nr. 2005/51) an den Stadtrat überwiesen.

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Ausgangslage

Im Jahre 2001 wurde in unserer Kleinstädte-Partnergemeinde Burgdorf mit grossem Erfolg die vom Gemeinderat initiierte Kampagne „Courage. Für Menschen – gegen Gewalt“ durchgeführt. Auslöser dieser Aktion waren damals rechtsextremistische Übergriffe im Jugendzentrum. Nicht zuletzt auch in Erinnerung an die Vorfälle am Liestaler Bahnhof vom vergangenen Jahr und in der Hoffnung, diese künftig vermeiden zu helfen, plant der Verein „Liestal schweigt nicht“ die Kampagne nun auch in unserer Gemeinde durchzuführen. Entsprechende Vorgespräche und Abklärungen mit der zuständigen Burgdorfer Gemeinderätin wurden vom Vereinsvorstand bereits geführt. Im Rahmen der Beratung des Postulats von Orla Oeri-Devereux (Nr. 2004/8, Förderung der Zivilcourage) in der Einwohnerratssitzung vom 22. September 2004 wurde u.a. auf die Zuständigkeit des Vereins „Liestal schweigt nicht“ hingewiesen und auch der Wunsch nach Konkretisierung geäussert. Vor diesem Hintergrund entstand, in Absprache mit dem Vereinsvorstand, das nun vorliegende Postulat.

Projekt

Die Kampagne soll zur Zivilcourage ermutigen und ein öffentliches Bekenntnis zu den Regeln des friedlichen Zusammenlebens in der Gemeinde ermöglichen. Das Projekt ist zeitlich begrenzt und findet in einer Veranstaltung ihren Abschluss.

Herzstück ist das Bekenntnis „Ich will Courage haben und Courage zeigen ... hinhören und hinschauen, wenn Menschen Unrecht geschieht“. Damit verbunden ist die Veröffentlichung der Namensliste aller Liestaler MitunterzeichnerInnen. Das Gestaltungskonzept soll mit jenem von Burgdorf identisch sein und wird ohne Kostenfolge zur Verfügung gestellt. Das Rahmenprogramm sollte nach Möglichkeit von allen interessierten Kreisen mitgestaltet werden können. In Burgdorf wurden u.a. ein Fest, Standaktionen und Podiumsdiskussionen veranstaltet. Für die Öffentlichkeitsarbeit wurden Plakate, käuflich erwerbliche T-Shirts und Pins sowie eine Informationsbroschüre hergestellt (vgl. <http://www.courage-burgdorf.ch>.)

Die gemeinsame Trägerschaft durch den Stadtrat und den Verein „Liestal schweigt nicht“ ermöglicht die erforderliche Unterstützung und Glaubwürdigkeit der Kampagne und ist damit eine wesentliche Voraussetzung für deren Erfolg.

Antrag

Der Stadtrat wird gebeten, die Durchführ- und Finanzierbarkeit eines Projektes analog Burgdorf in Zusammenarbeit mit dem Verein „Liestal schweigt nicht“ zu prüfen und dem Einwohnerrat darüber Bericht zu erstatten.

Für den Stadtrat bildet die vom Postulat angeregte Sensibilisierungskampagne einen wichtigen Baustein und Beitrag, um die in den Legislaturzielen 2005-2008 als Schwerpunkt definierte „Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ konkret umsetzen zu können.

Der entsprechende Abschnitt im Legislaturprogramm lautet (vgl. S. 8):

Stärkung gesellschaftlicher Zusammenhalt

Ohne Frage ist eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit das friedfertige Zusammenleben über alle politischen, gesellschaftlichen, kulturellen, religiösen und ethnischen Grenzen hinweg. Toleranz und gegenseitiger Respekt im Zusammenleben auf beschränktem Raum sowie unter den Generationen, Wahrnehmung des Andersartigen als Bereicherung und nicht als Bedrohung. Der Stadtrat steht in diesem Zusammenhang im Rahmen seiner verfügbaren Möglichkeiten klar und konsequent für die Unterstützung gemeinschaftsfördernder Aktivitäten (...).

Durch einen Wechsel in der Zuständigkeit für das Postulat „Es geht mich etwas an...“ vom Departement Soziales/Gesundheit/Kultur zum Departement Bildung Mitte 2006 hat sich die Beantwortung leider verzögert. Der Stadtrat möchte sich dafür entschuldigen. Um die Ernsthaftigkeit der Bestrebungen des Stadtrates in der Zwischenzeit zu dokumentieren, führte das Departement Bildung in Zusammenarbeit mit der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion Basel-Landschaft am 26. und 27. November 2006 einen „StattGewalt-Rundgang“ durch: Insgesamt über 60 Teilnehmer/innen konnten auf dem moderierten Rundgang anhand gespielter Szenen situationsgerechte Verhaltensweisen bei Gewaltsituationen und Ausgrenzung im öffentlichen Raum trainieren.

2. Lösungsvorschlag/Projektbeschrieb

"Nichts erfordert mehr Mut und Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein."
Kurt Tucholsky

"Je mehr Bürger mit Zivilcourage unser Land hat, desto weniger Helden brauchen wir einmal."
Heinrich Böll

Der Stadtrat hält eine Sensibilisierungskampagne in Liestal gegen Gewalt und Diskriminierung und für Zivilcourage im öffentlichen Raum für dringend erforderlich. Er möchte den Problemen Gewalt und Diskriminierung offen begegnen und gemeinsam mit der Bevölkerung Lösungsansätze entwickeln.

2.1. Sicherheit **und** Zivilcourage fördern

Die Bereitschaft zu Gewalt und Vandalismus, rechtsextremen Handlungen sowie sexueller Belästigung im öffentlichen Raum ist ein zunehmendes Phänomen, von dem auch die Bevölkerung von Liestal betroffen ist. Strengere Strafverfolgung, Rassismusbekämpfung, Streetwork zur sozialen Unterstützung und Kameras gegen Vandalismus sind alles Strategien zur Wiederherstellung der Sicherheit.

Der Stadtrat möchte aber auch die Zivilcourage der Bevölkerung fördern, um sie zu ermutigen, mit einer offenen und menschenwürdigen Haltung den öffentlichen Raum mitzuprägen. Es kann nicht sein, den öffentlichen Raum zunehmend den Tätern zu überlassen. Es ist darum nötig, auch die Einwohnerinnen und Einwohner im Alltag zu mobilisieren. Dabei denkt der Stadtrat nicht nur an besonders wahrnehmbare oder spektakuläre Vorfälle, wie sie sich gerade in jüngster Zeit leider wieder ereignet bzw. wiederholt haben und das Zusammenleben auf die Probe stellen (vgl. etwa den Beitrag aus der Basler Zeitung vom 11. Januar 2007 in der Beilage). Es geht auch um unzählige alltägliche Ungerechtigkeiten, in denen geschriebene und ungeschriebene Verhaltensnormen verletzt werden und Reaktionen der Einwohnerinnen und Einwohner gefragt sind, wenn unser Zusammenleben nicht „schleichend“ verändert und belastet werden soll.

2.2. Ziele

Die geplante Kampagne soll zum zivilcouragierten Handeln im öffentlichen Raum sowohl ermutigen wie befähigen - **ermutigen** durch die sichtbare und wieder erkennbare Kampagne in der Öffentlichkeit (etwa durch Plakate und Flyer), **befähigen** durch die Förderung von Projekten und handfesten Instrumenten und Werkzeugen. Zivilcourage soll an Ansehen gewinnen und zur Selbstverständlichkeit werden. Getreu dem Leitsatz „Mut tut gut“ soll Mut gemacht werden, sich einzusetzen für andere, für eine gute Idee und gegen Gewalt und Diskriminierung. Zivilcourage bedeutet, **öffentlich sichtbar Verantwortung zu übernehmen**, indem man aktiv für persönliche und kollektive, für humane und demokratische Werte, für die legitimen Interessen der Gesellschaft eintritt.

2.3. Eckwerte

Von folgenden Eckwerten möchte sich der der Stadtrat insbesondere leiten lassen:

2.3.1. Keine „Eintagsfliege“

Da das Problem von Gewalt und Diskriminierung im öffentlichen Raum nicht mit einmaligen Aktionen aus der Welt zu schaffen ist, möchte der Stadtrat das Projekt über mehrere Jahre über die unmittelbare Sensibilisierungskampagne hinaus nachhaltig verankern und weiterführen, bis eine Eigendynamik in der Bevölkerung erreicht wird. Im Sinne einer gewissen Kontinuität in der Diskussion und Auseinandersetzung mit der Thematik ist es dem Stadtrat deshalb ein wichtiges Anliegen, dass die Liestaler Kampagne einen Bezugsrahmen für weitergehende Aktivitäten darstellt: Mit der Sensibilisierungskampagne soll ein guter Boden gelegt werden für eine thematische Fortsetzung und Weiterentwicklung. Weitere Projekte und Aktionen, die bedürfnisgerecht möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen von der Volksschule bis ins Seniorenalter erreichen sollen und konkrete Instrumente und Werkzeuge zur Verfügung stellen, sollen in der Folge auf der Kampagnenplattform entwickelt werden.

2.3.2. Professionelle Koordination

Zivilcourage ist in einer gelebten Demokratie nicht nur Aufgabe des Staates, sondern auch der Einwohnerinnen und Einwohner. Der Stadtrat ist deshalb erfreut, dass sich mit dem „Komitee Liestal schweigt nicht“ ein Partner aus der Zivilgesellschaft bereit erklärt, gemeinsam mit der Stadt diese Kampagne zu tragen. Um den begrenzten Ressourcen der Stadtverwaltung wie des ehrenamtlichen „Komitees Liestal schweigt nicht“ Rechnung zu tragen, möchte der Stadtrat eine professionelle externe Koordination im Auftragsverhältnis sicherstellen, welche eine gemischte Projektgruppe wirkungsvoll unterstützen kann.

2.3.3. Projektphasen

Im Sinne der oben beschriebenen Zielsetzung sieht der Stadtrat ein dreistufiges Vorgehen vor, um das Projekt zu initiieren:

Schritt 1: Einrichtung einer Kampagnenplattform "Es geht mich etwas an..." in Anlehnung an die Kampagne in der Gemeinde Burgdorf und Umsetzung Kampagnenstart (Lancierung Toleranzcharta Liestal „Courage. Für Menschen – gegen Gewalt“).

Zeitraum: 2. Quartal 2007.

Schritt 2: Basisnahe Entwicklung weiterer Projekte und Aktionen auf der eingerichteten Plattform.

Zeitraum: 3. Quartal 2007.

Schritt 3: Abklärung der Finanzierungsmöglichkeiten der Kampagnenaktivitäten über 2007 hinaus (z.B. Fachstelle für Rassismusbekämpfung im Eidg. Departement des Innern, Kirche, Stiftungen etc.).

Zeitraum: 4. Quartal 2007 / 2008.

2.3.4. Fortsetzung und Weiterentwicklung

Ab 2008 sollen spezifische Projekte und Reminderaktivitäten umgesetzt werden.

3. Massnahmen

3.1. Projektgruppe

Der Stadtrat möchte zur Begleitung der Planung und Umsetzung eine siebenköpfige Projekt- bzw. Steuerungsgruppe einsetzen, die sich wie folgt zusammensetzen soll:

- Co-Präsidium: 1 Mitglied Stadtrat, 1 Mitglied „Komitee Liestal schweigt nicht“
- 1 Mitglied Einwohnerrat
- 1 Mitglied Stadtverwaltung
- 1 Mitglied Schule
- 1 Mitglied „Komitee Liestal schweigt nicht“
- 1 Mitglied IGOL

3.2. Patronatskomitee

In einem Patronatskomitee sollen Vertreter/innen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens der Stadt Liestal die Verankerung der Kampagne unterstützen.

3.3. Projektleitung

Für die Koordination und Durchführung des Projekts auf operativer Ebene soll eine externe Projektleitung eingesetzt werden. Der Stadtrat legt grossen Wert darauf, dass die Projektleitung sowohl mit den Liestaler Verhältnissen wie mit der spezifischen und heiklen Aufgabenstellung vertraut ist, eine weitest mögliche Akzeptanz genießt sowie Kontinuität garantiert. Der Stadtrat hat verschiedene Abklärungen vorgenommen, um eine geeignete Leitung zu finden.

In der Person von Thomi Jourdan (*1974, lic.oec.), bis Ende 2006 Streetworker in Liestal, hat der Stadtrat erfreulicherweise eine bestens geeignete Person gefunden, welche ihre Bereitschaft zu einer Übernahme der externen Projektleitung erklärt hat.

4. Finanzierung/Kosten

2007: Der Aufwand für die externe Projektleitung für das Jahr 2007 zur Erfüllung der beschriebenen Aktivitäten beträgt CHF 15'000.- (vgl. 2.3.). Dieser Betrag kann dem Präventionsfonds der Schule der Stadt Liestal entnommen werden und ist entsprechend bereitgestellt worden. Weiter ist die Stadt gewillt, die Kampagne im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit Sachleistungen zu unterstützen („Liestal aktuell“, Plakatstände etc.). Allfällige weitere, extern anfallende Sachkosten sollen auf dem Weg und im Rahmen der Stadtratskompetenz auf Antrag der Projektgruppe durch den Stadtrat gesprochen werden.

Nach 2007: Die über das Jahr 2007 hinausgehenden Kosten sind von der Projektgruppe auf dem Budgetweg einzubringen, wobei grundsätzlich weiterhin von einer Unterstützung aus dem Präventionsfonds der Schule ausgegangen wird. Für konkrete Projekte sind jeweils spezifische Finanzierungsmöglichkeiten bei externen Fachstellen (Fachstelle für Rassismusbekämpfung im Eidg. Departement des Innern, Kanton, Kirche, Stiftungen u.a.) abzuklären.

5. Vernehmlassung

Der Vorstand des Komitees „Liestal schweigt nicht“ stimmt der Vorlage in der vorliegenden Form zu.

6. Beilagen / Anhänge

- Bericht Basler Zeitung vom 11.01.2007